



beraten.
bilden.
forschen.

Analyse

Fakten-Service der Arbeitskammer des Saarlandes
arbeitskammer.de Nummer 10|2020

WOHLSTANDSMESSUNG – ALTERNATIVEN ZUM BIP |

Vorherrschendes Wachstumsmodell stößt an ökologisch-soziale Grenzen

Wirtschaftswachstum wird überwiegend über den Indikator BIP gemessen. Das BIP-Wachstum gilt nach wie vor als wichtigste Dynamik in dem vorherrschenden Wirtschaftssystem. Allerdings scheint zusätzliches Wirtschaftswachstum in einer kapitalistisch organisierten Ordnung zunehmend in ökologische und gesellschaftliche Krisen umzuschlagen. Wenn Wachstum anders erfolgen soll, muss es auch anders gemessen werden: Das heißt, notwendig ist die Darstellung und Etablierung eines alternativen Indikators zur Wohlstandsmessung, der die Aufmerksamkeit nicht nur auf reines BIP-Wachstum richtet, sondern stärker auf Umweltschutz, Lebensqualität, Gute Arbeit und gerechte Verteilung lenkt.

• Von Jonas Boos

Die wirtschaftlichen Entwicklungen weltweit, im Bund und an der Saar sind in Folge der Corona-Pandemie und den damit einhergehenden Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung des Covid-19-Virus in eine schwere Krise geraten. Für 2020 sind die Prognosen zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) so pessimistisch wie seit der Großen Depression 1929 nicht mehr. Für das Saarland gilt allerdings, dass sich die wirtschaftliche Lage schon vor der Corona-Pandemie in einer Krisensituation befand: die Beschäftigungsentwicklung negativ, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sowie Insolvenzen steigend.¹ Das BIP als Indikator für Wirtschaftswachstum war im Saarland bereits in den letzten beiden Jahren rückläufig und wird es in diesem Jahr erst recht wieder sein. Dabei gilt Wachstum nach wie vor als wichtigste Dynamik in dem vorherrschenden Wirtschaftssystem². Das zeigen auch die Auswirkungen der Corona-



Die Folgekosten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung liegen in prekärer Arbeit, sozialer Spaltung, und ökologischer Zerstörung. Nicht erst seit der Corona-Krise stellt sich daher die Frage, ob wir eine Veränderung der vorherrschenden Gesellschaftsordnung brauchen und wie diese aussehen könnte.

na-Krise: bleibt Wachstum aus, verliert das System an Stabilität, was sich unter anderem in sinkenden Staatseinnahmen und Einkommen sowie steigenden Insolvenzen, Arbeitslosenzahlen etc. bemerkbar macht.³ Das auf den Markt zentrierte Wirtschaftsmodell ist auf kontinuierliches Wachstum angewiesen. Das Problem: Wachstum stößt irgendwann an seine Grenzen. Schon der Club of Rome stellte 1972 die These auf: Unendliches Wachstum ist auf einem endlichen Planeten nicht möglich.⁴ Ein Blick in die Statistiken verdeutlicht dies: Bedeutete ein Wirtschaftswachstum von 3,7 Prozent (in jeweiligen Preisen) im Jahre 1995 in Deutschland noch eine Zunahme an produzierten Waren und Dienstleistungen in Höhe von 69 Milliarden Euro, brauchte es 2017 für diese wirtschaftliche Steigerungsrate von 3,7 Prozent schon ein Plus in Höhe von 118 Milliarden Euro.⁵ Solche Steigerungen der Produktion von Waren und Dienstleistungen ziehen einen enormen Ressourcenverbrauch nach sich. Die na-

türlichen Ressourcen werden in einem Maße in Anspruch genommen, das die Regenerationsfähigkeit der Natur überfordert – Klima- und Umweltkrisen sind die Folgen. Aber auch die Ressource Mensch – in Gestalt der arbeitnehmenden Klasse – wird zunehmend unter Druck gesetzt, beispielsweise durch steigende Arbeitsverdichtung. Wachstum ist in dem auf den Markt zentrierten Wirtschaftssystem aus zwei Gründen von zentraler Bedeutung:

- Erstens: In einer kapitalistisch organisierten Gesellschaft setzen Unternehmen ihre Ziele nach dem Kriterium der Profitmaximierung.⁶ Profite werden nur generiert, wenn das Unternehmen immer weiter Waren herstellt und seine Produktion ausweitet.
- Zweitens: Die Unternehmen unterliegen im Kapitalismus dem objektiven Zwang, ihre Profite immer wieder neu zu investieren und ihre Produktion effektiver zu machen – die Unternehmen stehen in einem Konkurrenzverhältnis gegeneinander und müs-

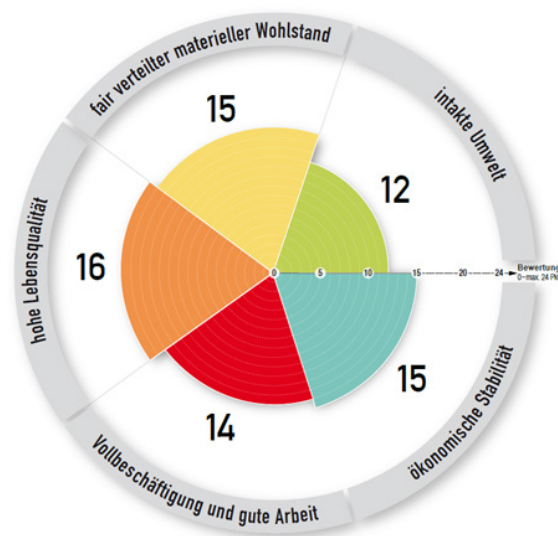
sen sich im Wettbewerb am Markt durchsetzen.⁷

Aus den Zwängen von Profitmaximierung und Konkurrenz resultiert ein immer höherer Output an Waren und Dienstleistungen, wozu ein höherer Verbrauch an Energie und natürlichen Ressourcen, aber auch eine stetige Steigerung der Arbeitsproduktivität der Beschäftigten, benötigt wird. Die Ausbeutung der Natur und des Menschen gehört damit zum Wesen des Kapitalismus.

Schwächen des BIP

Wenn in einer kapitalistisch organisierten Wirtschaft zusätzliches Wirtschaftswachstum zur Überwindung ökonomischer Krisen zunehmend zu ökologischer Zerstörung sowie sozial destruktivem Wachstum und damit in ökologische und gesellschaftliche Krisen umschlägt⁸, sollte Wachstum anders erfolgen und müsste entsprechend auch anders gemessen werden. Hier könnte das Saarland einen Beitrag leisten, indem die Landesregierung einen alternativen, ergänzenden Wohlstandsmaßstab entwickelt und regelmäßig, zum Beispiel im zeitlichen Zusammenhang mit den BIP-Zahlen, veröffentlicht.

Solch ein Wohlstandindikator sollte die Aufmerksamkeit stärker auf Umweltschutz, Lebensqualität, Gute Arbeit und gerechte Verteilung lenken, statt sich auf reines Wachstum des Bruttoinlandsproduktes zu richten. Gemessen wird wirtschaftlicher Erfolg derzeit vorherrschend an dem Indikator Bruttoinlandsprodukt und damit über eine rein monetäre Größe, die sich ausschließlich am Wert bzw. Wachstum hergestellter Waren und Dienstleistungen orientiert. „Die Wirtschaft hat die Aufgabe, dem Wohl des Volkes und der Befriedigung seines Bedarfes zu dienen“, so heißt es in der Saarländischen Verfassung⁹. Da die Messung wirtschaftlichen Erfolgs über monetäre Indikatoren keine Nutzwerte zum Ausdruck bringen kann, ist das BIP zur Wohlstandsmessung nicht geeignet – es war ursprünglich auch nie als Wohlstandsmaß gedacht. Überlegungen, den gesellschaftlichen Wohlstand über wirtschaftliche Kennzahlen abzubilden, kamen im Zuge der Weltwirtschaftskrise 1929 auf. Erstmals in den Vordergrund gehoben wurde das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 1942 – zunächst als Analyseinstrument mit „kriegswirtschaftlicher“ Ausrichtung, das die Alliierten erfolgreich zur quantitativen Unterstützung der Rüstungsplanung nutzen.¹⁰ Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Messung des BIP als Kennzahl für erfolgreiche wirtschaftliche Wertschöpfung beibehalten. Wohlstandsmessung über BIP-Wachstum und die damit verbundene Ausrichtung auf Output-Steigerung gibt es so also erst seit dem



Quelle: Arbeiterkammer Wien: AK-Wohlstandsbericht

Einzelkomponenten des NWI		
Nr.	+/-	Komponente
1.		Index der Einkommensverteilung
2.	+	Gewichteter privater Konsum
3.	+	Wert der Hausarbeit
4.	+	Wert der ehrenamtlichen Arbeit
5.	+	öffentliche Ausgaben für Gesundheits- und Bildungswesen
6.	+/-	Kosten und Nutzen dauerhafter Konsumgüter
7.	-	Kosten für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte
8.	-	Kosten durch Verkehrsunfälle
9.	-	Kosten durch Kriminalität
10.	-	Kosten des Alkohol-, Tabak- und Drogenkonsums
11.	-	Gesellschaftliche Ausgaben zur Kompensation von Umweltbelastungen
12.	-	Kosten durch Wasserbelastungen
13.	-	Kosten durch Bodenbelastungen
14.	-	Schäden durch Luftverschmutzung
15.	-	Schäden durch Lärm
16.	+/-	Verlust bzw. Gewinn durch Biotopflächenänderungen
17.	+/-	Verlust bzw. Gewinn durch Änderung landwirtschaftlicher Fläche
18.	-	Ersatzkosten durch Verbrauch nicht erneuerbarer Energieträger
19.	-	Schäden durch Treibhausgase
20.	-	Kosten der Atomenergienutzung

Quelle: FEST – Institut für interdisziplinäre Forschung: Nationaler Wohlfahrtsindex

Zweiten Weltkrieg und zwar ohne, dass danach eine grundlegende Verständigung über (neue) Ziele einer Wirtschaftspolitik abseits der kriegswirtschaftlichen Ausrichtung erfolgte.¹¹ Da sich das BIP auf die über den Markt erzielte Wertschöpfung konzentriert, bleiben bedeutende Aktivitäten zur gesellschaftlichen Wohlfahrtssteigerung unbeachtet. Dies gilt für die Hausarbeit (insbesondere die häusliche Pflege), aber auch für ehrenamtliche Aktivitäten (Freiwillige Feuerwehr, Flüchtlingshilfe, etc.). Auch in Zusammenhang mit der Digitalisierung werden die Schwächen einer rein monetären Wohlstandsmessung deutlich: Der Aufstieg von gesellschaftlich überaus bedeutsamen digitalen Gemeingütern wie Wikipedia wird beispielsweise in keiner BIP-Statistik je auftauchen. Keine Berücksichtigung findet zudem die Verteilung der Einkommen im BIP: Wird eine BIP-Steigerung weitgehend gleich verteilt oder erreicht sie nur einen kleinen, ausgewählten Teil der Bevölkerung? Darüber hinaus ist die Bewertung ökologischer Aspekte unbefriedigend. Zum einen wird der Abbau von natürlichen Ressourcen nicht mit einbezogen, zum anderen können wirtschaftliche Aktivitäten zu Schäden in der Natur führen, welche Reparaturmaßnahmen nach sich ziehen. Die entstandenen Kosten erscheinen im BIP dann als Steigerung, obwohl sie nur den Zustand wiederherstellen, der vor der Umweltschädigung bestand. Dagegen kann es zu einer Verringerung des BIP führen, wenn bestimmte wirtschaftliche Aktivitäten unterlassen werden, damit ökologische Schäden gar nicht erst entstehen. Diese und weitere Schwächen des BIP sind schon länger bekannt, weshalb das BIP in den letzten Jahren als Maß für die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft

und für die gesellschaftliche Wohlfahrt zunehmend in der Diskussion steht und Rufe nach einem anderen Wohlfahrtsmaß laut werden lässt. So haben etwa Schottland, Island und Neuseeland die Gruppe der „Regierungen der Wohl-

Alternativen zum BIP

fahrtswirtschaft“ ins Leben gerufen. Ziel der Gruppe ist, dass der Fortschritt ihrer Wirtschaft eben nicht mehr nur anhand des BIPs messen wird, sondern Faktoren wie die psychische Gesundheit ihrer Bevölkerung, der Zugang zu Wohnraum und Grünflächen sowie die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen in das Zentrum der Wirtschaftspolitik gerückt werden.¹² Auch existiert mit dem „OECD Better Life Index“ bereits seit 2011 ein Indikator zur Messung des gesellschaftlichen Wohlergehens, der einen direkten Vergleich des Wohlergehens verschiedener Länder ermöglicht. Anhand von elf Themenfeldern (Wohnverhältnisse, Einkommen, Beschäftigung, Gemeinsinn, Bildung, Umwelt, Zivilengagement, Gesundheit, Lebenszufriedenheit, Sicherheit, Work-Life-Balance) lassen sich Aussagen in Bezug auf die materiellen Lebensbedingungen sowie für die Lebensqualität treffen.¹³

Aus Beschäftigtenperspektive hat die Arbeiterkammer Wien in den vergangenen zwei Jahren einen Wohlstandbericht veröffentlicht (*siehe Schaubild oben auf der vorherigen Seite*), in dem nachhaltiger Wohlstand abseits der Fokussierung auf reines Wirtschaftswachstum anhand fünf Dimensionen (Lebensqualität, Fair verteilter materieller Wohlstand, Ökonomische Stabilität, Vollbeschäftigung und Gute Arbeit, Intakte Umwelt) für Österreich analysiert wird. Damit soll eine Analyse des gesellschaftlichen Fortschritts ermöglicht werden.¹⁴ Kennziffern, anhand derer sich gesellschaftliche Wohlfahrt über das BIP hinaus konkret messen lässt, und auch Konzepte, was dies für eine wohlfahrtsorientierte Politik bedeuten kann, sind also bereits vorhanden. Auf regionaler Ebene könnte ein Ansatz der „Regionaler Wohlfahrtsindex“¹⁵ (RWI) geeignet sein. Er bietet die Chance, andere Faktoren der Wohlfahrt zu erkennen und zu stärken: eine gerechtere Einkommensverteilung, die Wertschätzung sozialen Engagements sowie die Minderung von Umweltbelastungen und des Verbrauchs nicht erneuerbarer Ressourcen etc. Ein derart gestalteter Wohlfahrtsindex könnte auch die informatorische Grundlage politischer Entscheidungsfindung verbessern – einer-

seits durch den Vergleich mit dem Verlauf des BIP, andererseits anhand der gesellschaftlichen Trends, über die Teilvariablen des Index Aufschluss geben. Auf nationaler Ebene wird ein solcher Index (*siehe Schaubild unten auf der vorherigen Seite*) regelmäßig veröffentlicht¹⁶, auf regionaler Ebene bereits in sieben Bundesländern – darunter auch in Rheinland-Pfalz. Zentraler Bearbeiter war stets FEST - Institut für interdisziplinäre Forschung. In den Regionalen Wohlfahrtsindex gehen wohlfahrtssteigernde Aktivitäten wie Hausarbeit oder ehrenamtliche Tätigkeit positiv ein, während wohlfahrtsmindernde Aspekte wie der Verbrauch nicht erneuerbarer Energie negativ bewertet werden.

DGB-Index Gute Arbeit

Der DGB-Index Gute Arbeit versteht sich zwar nicht direkt als Wohlstandsindikator, kann in einer erwerbszentrierten Gesellschaftsordnung aber wichtige Hinweise auf die Qualitätsstandards unserer Gesellschaft geben. Ein Großteil der Lebensgestaltung erfolgt durch (Erwerbs)Arbeit. Die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sind mit maßgeblich für ihre Lebensqualität. Gute Arbeit geht dabei über die Ansprüche an Arbeitsplatzsicherheit und Entlohnung hinaus,

indem sie auch als Kernelement von Freiheit und sozialer Emanzipation des Individuums gedacht, entworfen und realisiert werden muss.¹⁷ (Erwerbs)Arbeit ist demnach nicht nur Mittel zum Leben, sondern Lebensbedürfnis und versteht sich nach Karl Marx nach dem Motto „jeder nach seinen Fähigkeiten und jedem nach seinen Bedürfnissen“.¹⁸ Aus diesem Blickwinkel und insbesondere auch aus Sicht von Beschäftigtenvertretung kann gesellschaftlicher Wohlstand daher auch über die Ausgestaltung der Erwerbsarbeit bewertet werden. Dies umfasst nicht nur Fragen nach sozialer Sicherheit – also verlässlichem Einkommen auf einer unbefristeten Arbeitsstelle – sondern

Der DGB-Index Gute Arbeit – Die elf Kriterien zur Ermittlung der Arbeitsqualität		
1.	Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten Können die Beschäftigten Einfluss auf die Arbeitsmenge nehmen? Ist es ihnen möglich, die Gestaltung ihrer Arbeitszeit zu beeinflussen? Können Sie Ihre Arbeit selbständig planen?	Teilindex Ressourcen
2.	Weiterbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten Bietet ihr Betrieb berufliche Weiterbildungsmöglichkeiten? Können die Beschäftigten eigene Ideen in die Arbeit einbringen? Ihr Wissen und Können weiterentwickeln? Haben Sie Aufstiegschancen?	
3.	Führungsqualität und Betriebskultur Gibt es Wertschätzung durch Vorgesetzte? Hilfe von Kolleg/innen? Ein offenes Meinungsklima? Wird rechtzeitig informiert? Planen die Vorgesetzten gut? Wird Kollegialität gefördert?	
4.	Sinn der Arbeit Haben die Beschäftigten den Eindruck, dass sie mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft leisten? Einen wichtigen Beitrag für den Betrieb? Identifizieren sie sich mit ihrer Arbeit?	Teilindex Belastungen
5.	Arbeitszeitlage Wird am Wochenende gearbeitet? In den Abendstunden? In der Nacht? Wird von den Beschäftigten erwartet, ständig für die Arbeit erreichbar zu sein? Leisten sie unbezahlte Arbeit für den Betrieb?	
6.	Soziale und emotionale Anforderungen Sind die Beschäftigten respektloser Behandlung ausgesetzt? Müssen sie ihre Gefühle bei der Arbeit verbergen? Kommt es zu Konflikten oder Streitigkeiten mit Kund/innen, Patient/innen, Klient/innen?	
7.	Körperliche Anforderungen Muss in ungünstigen Körperhaltungen gearbeitet werden? Bei Kälte, Nässe, Zugluft? Müssen die Beschäftigten körperlich schwer arbeiten? Sind sie bei der Arbeit Lärm ausgesetzt?	
8.	Widersprüchliche Anforderungen und Arbeitsintensität Gibt es Arbeitshetze? Unterbrechungen des Arbeitsflusses? Schwer zu vereinbarende Anforderungen? Werden alle arbeitswichtigen Informationen geliefert? Müssen Abstriche bei der Qualität der Arbeitsausführung gemacht werden?	Teilindex Einkommen & Sicherheit
9.	Einkommen und Rente Wird die Arbeit leistungsgerecht bezahlt? Hat das Einkommen ein Niveau, wovon sich leben lässt? Wird die Rente, die sich aus der Erwerbstätigkeit ergibt, später zum Leben reichen?	
10.	Betriebliche Sozialleistungen Gibt es ausreichend Angebote zur Altersvorsorge im Betrieb? Werden Maßnahmen zur Gesundheitsförderung offeriert? Werden weitere Sozialleistungen geboten, z.B. Kinderbetreuung, Fahrtkosten- oder Essenzuschüsse?	
11.	Beschäftigungssicherheit/berufliche Zukunftssicherheit Sind die Beschäftigten in Sorge, dass ihr Arbeitsplatz durch technische Veränderungen oder Umstrukturierungen überflüssig wird? Machen sie sich Sorgen um ihre berufliche Zukunft? Um den Arbeitsplatz?	

Quelle: Arbeiterkammer: DGB-Index Gute Arbeit Saarland 2019, S.16.

auch Fragen nach gesundheits-, qualifikations- und persönlichkeitsförderlichen Arbeitsbedingungen, der Zeit, die für Erwerbsarbeit aufgebracht wird, sowie nach Anerkennung und Wertschätzung, nach Mindestbedingungen an kommunikativer und sozialer Autonomie in der Arbeit, und nicht zuletzt nach Mitbestimmung und Partizipation im Berufsalltag.¹⁹

Der umfassende Fragekatalog des DGB-Index Gute Arbeit kann erkenntnisreiche Hinweise zur Beantwortung dieser Fragen geben. Die Erhebung fragt nach der Einkommenssituation, nach der sozialen Absicherung und Zukunftssicherheit, nach Arbeitsausgestaltung und -belastung, nach Beschäftigtenvertretung, nach Gestaltungsmöglichkeiten, nach der Sinnhaftigkeit der Arbeit, nach Entwicklungsmöglichkeiten, etc. All diese Fragen fließen in einen Gesamtindex Gute Arbeit ein, über den die Arbeitsqualität aus Sicht der Beschäftigten gemessen werden kann. Auch für das Saarland wird der DGB-Index Gute Arbeit im Auftrag der Arbeitskammer in regelmäßigen Abständen erhoben (*siehe Schaubild auf der vorherigen Seite*).²⁰ Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass die Arbeitsqualität im Saarland noch ein gutes Stück davon entfernt ist, den Kriterien Guter Arbeit gerecht zu werden. Auch gegenüber dem Bundesgebiet hat das Saarland Nachholbedarf. Für den Bund liegen zudem Ergebnisse über einen Zeitraum der letzten acht Jahre vor. Hier zeigt sich, dass sich die Arbeitsqualität zwischen 2012 und 2019 leider nicht wesentlich verbessert hat.²¹ Gleichzeitig ist das BIP um etwa zehn Prozent gestiegen. Demnach ist nicht festzustellen, dass ein zunehmendes Wirtschaftswachstum zu einem zunehmenden Wohlstand im Sinne Guter Arbeit führen würde.

Saarland sollte einen alternativen Wohlstandsmaßstab entwickeln

Fazit: Andere Wohlstandsindikatoren zur Ergänzung des BIP – das eigentlich gar kein Wohlstandsindikator ist, sondern ausschließlich monetär bewerte Wirtschaftsprozesse misst – sind sinnvoll, notwendig und auch bereits vorhanden. Auch das Saarland sollte einen alternativen, ergänzenden Wohlstands-

maßstab entwickeln, der die Informationsgrundlage für politische Entscheidungen verbessern, wichtige Handlungsfelder identifizieren und so den Fokus von Wirtschaftspolitik positiv verändern könnte. Es sei allerdings darauf hingewiesen, dass auch ein solcher Index nur begrenzt etwas an den oben erläuterten Grundmechanismen von unendlichem wirtschaftlichem Output und Profitmaximierung sowie den daraus folgenden Krisen eines auf den Markt zentrierten Wirtschaftsmodells ändern kann – die Probleme und Zwänge sind in der kapitalistischen Entwicklungslogik begründet, und nicht in Indikatoren, die lediglich die Ergebnisse der vorherrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung messen. Die aktuellen Krisen (sowohl wirtschaftlich als auch sozial, ökologisch und demokratisch sowie deren Bearbeitung durch rechtspopulistische Kräfte) können als zwangsläufiges Ergebnis falscher Produktionsordnung interpretiert und damit auch als Indikatoren eines notwendigen gesellschaftlichen Übergangsprozesses gefasst werden.²² Diese Notwendigkeit wurde durch die Corona-Pandemie verdeutlicht: Die Lösung „Das regelt der Markt“ funktioniert nicht mehr. Auch die Corona-Krise wirft damit die Frage nach einem grundlegenden Systemwechsel auf. Diese Frage stellte sich aber bereits vor der Pandemie, und zwar am deutlichsten in der gesellschaftlichen Debatte um die Klima- und Umweltzerstörung. Wenn die Beseitigung von systemischen und strukturellen Ursachen für die Ausbeutung von Mensch und Natur angestrebt wird, stellen sich grundsätzliche Fragen darüber, wie wir leben, produzieren und arbeiten wollen und inwiefern das derzeitige auf unendliches Wachstum und Profitmaximierung ausgerichtete Wirtschaftssystem tragfähig bleibt – denn die Folgekosten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung liegen in prekärer Arbeit, sozialer Spaltung, und ökologischer Zerstörung. Daher stellt sich als grundlegende Frage, ob es einer strukturellen Veränderung der vorherrschenden Gesellschaftsordnung bedarf und wie diese aussehen könnte.²³

Jonas Boos ist stellvertretender Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Umweltpolitik bei der Arbeitskammer.

ANMERKUNGEN |

- 1) Boos, Jonas: Die Krise hält an – Zeichen für eine Besserung gibt es nicht, in: AK-Konkret 6/2019, S.6f.
- 2) Binswanger, Hans Christoph: Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses, 2006. Oder: Altwater, Elmar; Haug, Frigga; Negt, Oskar; u. a.: Turbokapitalismus. Gesellschaft im Übergang ins 21. Jahrhundert, 1997.
- 3) Urban, Hans-Jürgen: Wirtschaftsdemokratie statt kapitalistischem Wachstumszwang., 19.11.2019.
- 4) Club of Rome: Die Grenzen des Wachstums, 1972.
- 5) VGRdL: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2018, 2019.
- 6) Galow-Bergemann, Lothar: Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte von Nachhaltigkeit schweigen, Vortrag vom 09.07.2019.
- 7) Chibber, Vivek: Kapitalismus verstehen, 2020, S.18ff.
- 8) Dörre, Klaus: Neosozialismus oder: Acht Thesen zu einer überfälligen Diskussion, in: Neosozialismus, hg. von Dörre, Klaus; Schickert, Christine, 2019, S.21f.
- 9) Saarländische Verfassung (Artikel 43)
- 10) Hoffmann, Catherine: Die Geschichte hinter der Zahl, 22. Juni 2017. Online: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/bruttoinlandsprodukt-die-geschichte-hinter-der-zahl-1.3555714>, abgerufen am: 31.03.2020.
- 11) Raith, Dirk: BIP. Kritik und Alternativen, 2016.
- 12) Pühringer, Marco: Schottland, Island und Neuseeland bewerten jetzt Umwelt und Lebensqualität höher als das BIP, 29.10.2019. Online: <https://kontrast.at/bip-kritik-alternativen-island-neuseeland-schottland/>, abgerufen am: 25.03.2020.
- 13) OECD: "Executive summary", in How's Life? 2020: Measuring Well-being, OECD Publishing, Paris, 2020.
- 14) Arbeiterkammer Wien: AK-Wohlstandsbericht 2019.
- 15) Online: <https://www.fest-heidelberg.de/fne-themenfeld-wohlfahrtsindizes/>, abgerufen am 25.03.2020.
- 16) Benjamin Held, Benjamin; Rodenhäuser, Dorothee; Diefenbacher, Hans: NWI 2019 - VERSTETIGUNG DES POSITIVEN TRENDS, in: IMK Policy Brief, August 2019.
- 17) Urban, Hans-Jürgen: Wirtschaftsdemokratie als Transformationshebel, in: AK-Beiträge 2/2019, 2020, S.16.
- 18) Marx, Karl: Kritik des Gothaer Programms, Marx-Engels-Werke Band 19, 1875.
- 19) Urban, a.a.O., 2020, S.16.
- 20) Hoffmann, Matthias: DGB Index Gute Arbeit Saar 2019, in: AK-Texte 2020.
- 21) DGB-Index Gute Arbeit: Jahresbericht 2019, S.41.
- 22) Urban, Hans-Jürgen: „Es fehlt uns was, das keinen Namen mehr hat“, in: Neosozialismus, hg. von Dörre, Klaus; Schickert, Christine, 2019, S.131f.
- 23) Boos, Jonas: Neue Wege gesucht – Von der Transformation zur Emanzipation?, in: AK-Beiträge 1/2020.

IMPRESSUM |

Verleger: Arbeitskammer des Saarlandes, Fritz-Dobisch-Straße 6-8, 66111 Saarbrücken; Kontakt: Telefon 0681 4005-430, E-Mail: redaktion@arbeitskammer.de; Herausgeber: Jörg Caspar, Thomas Otto; Redaktion: Peter Jacob (Chefredakteur), Simone Hien, Wulf Wein, Stefan Hank (Grafiken). – Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verzichtet die Redaktion überwiegend auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen. Alle Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beide Geschlechter.